



Handelszeitung  
8021 Zürich  
058 269 22 80  
<https://www.handelszeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 37'700  
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 13  
Fläche: 242'542 mm<sup>2</sup>

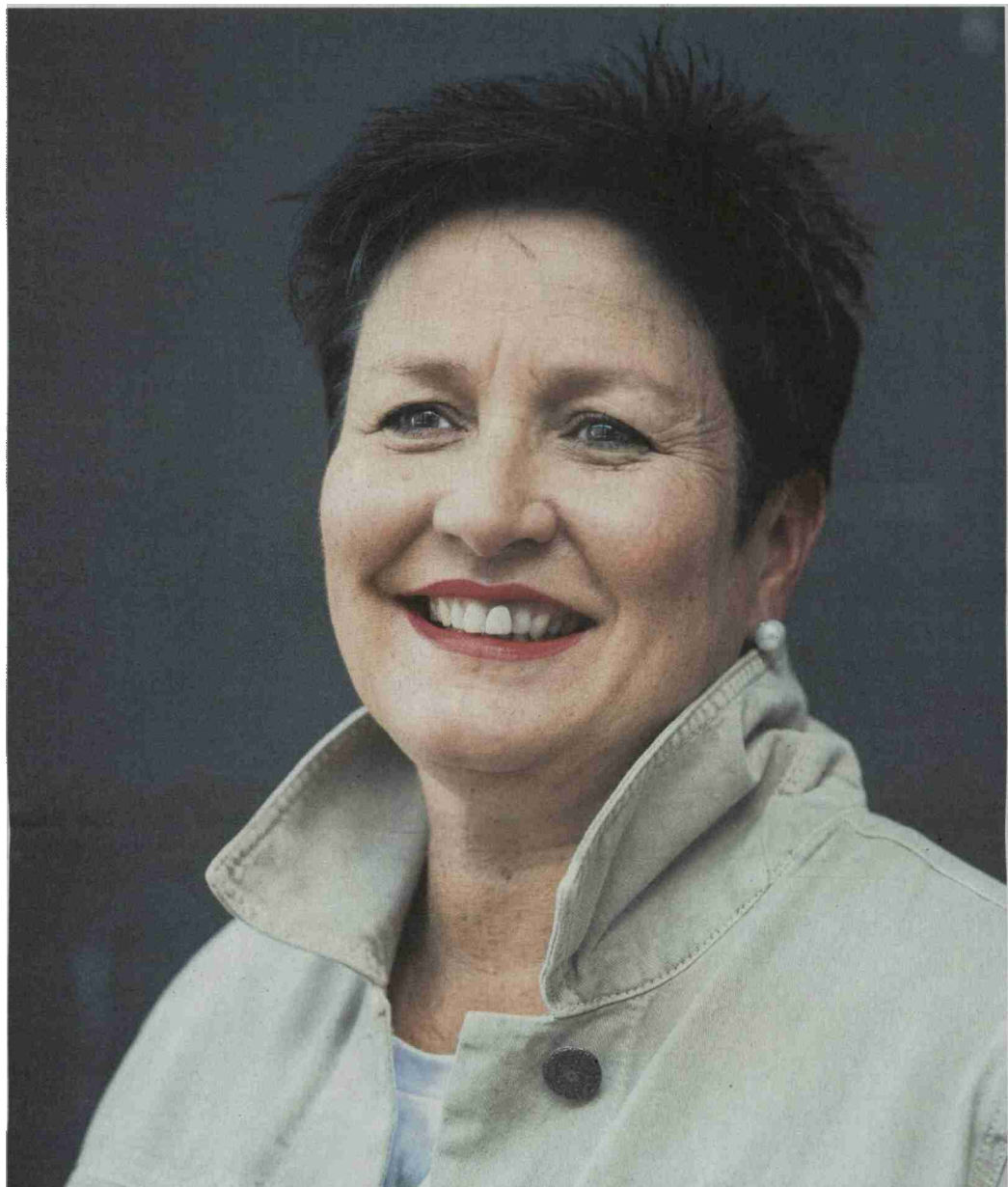
Auftrag: 3007101  
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 80711789  
Ausschnitt Seite: 1/6

DAS GESPRÄCH **DANIELA SCHNEEBERGER**

# «Ich habe es hinter mir»

FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger sagt, warum sie die Flugticketabgabe bekämpft, sich über Corona-Massnahmen nervt und wie sie die Viruserkrankung überstanden hat.





INTERVIEW: ANDREAS VALDA

FOTOS: FABIAN HUGO

*Sie fahren viel Velo. Wohin fahren Sie?*

**Daniela Schneeberger:** Wenn wir Zeit haben, touren wir quer durch die Schweiz. Zum Beispiel bin ich letzthin mit meinem Partner vom Baselland ins Engadin gefahren.

*Haben Sie überhaupt Freizeit?*

Ja. Ausgleich muss sein.

*Sie sind viel beschäftigt: acht Verwaltungsratsmandate. Acht Mandate als Vorstand in Verbänden, Stiftungsrätin in drei Stiftungen. Daneben arbeiten sie als Treuhänderin und sind Vollblutpolitikerin ...*

Das sind keine Riesenmandate in diesen kleineren Firmen-AG. Aber ja, Sie haben recht, meine Freizeit ist rar. Vor allem drei Verbände geben mir viel zu tun.

*Haben Sie Ihre Treuhandfirma vor zwei Jahren nicht verkauft?*

Es war kein Verkauf, sondern ich bin eine Kooperation mit einer Partnerfirma eingegangen. Die Zusammenarbeit entstand dank einer langjährigen Freundschaft mit dem Gründer und Berufskollegen. Es ist auch eine Art Nachfolgeregelung. Mein Schwerpunkt sind Beratungen und die Steuererklärungen.

*Sie revidieren keine Firmen mehr?*

Nein. Aber ich berate. Oft geht es um geänderte Gesetze und wie sich ein Unternehmen am besten daran anpasst.

*Was ärgert Sie am meisten, was derzeit an Gesetzesänderungen aus Bern kommt?*

Momentan ärgere ich mich über jede widersprüchliche Covid-19-Massnahme des Bundes. Dann ärgert mich auch die Covid-19-Härtefallregelung: In jedem Kanton sind die Regelungen anders. Das heisst, je nach Sitzkanton beziehen betroffene Firmen unterschiedlich viel Geld. Das ist unfair und sehr zu bedauern. Der Bund hätte von Anfang an gleiche Regeln in allen Kantonen durchsetzen müssen.

*So wollten es die bürgerlichen Parteien: dass der Bund den Kantonen die Umsetzung dezentral überlasse.*

Das stimmt so nicht. Ich selbst habe in der ersten Konsultation auf die Gefahr von unterschiedlichen Umsetzungen hingewiesen. Wir gingen damals noch von Einzelfällen aus. Da wäre eine kantonale Umsetzung gangbar gewesen. Doch wegen der viel länger andauernden Schliessungen wurde das Thema immer bedeutender. Seither kämpfe ich dafür, dass der Bund wenigstens einen Mindeststandard für die Entschädigungen umsetzt. Aber aufgrund der bereits in Kraft getretenen Gesetze in den Kantonen konnte ich mich im Rat nur teilweise durchsetzen.

*Finanzminister Ueli Maurer hat Ihnen nicht gerade geholfen.*

Er hatte uns immer versichert, dass die Zusammenarbeit mit den und die Umsetzung in den Kantonen sehr gut funktionieren und man ihnen Handlungsspielraum überlassen wolle.

*Die Wirtschaft entwickelt sich in den letzten Wochen gut. Bald dürften die Härtefallhilfen auslaufen. Sehen Sie noch KMU in finanziellen Schwierigkeiten?*

Die Tourismusbranche und die Veranstalter leiden noch immer. Die Folgeschäden einer mehrmonatigen Schliessung werden lange nachwirken.

*Haben Sie Covid-19-Schummler gesehen? Gerade bei den Kurzarbeitsentschädigung ist das Betrügen denkbar einfach.*

Nein, nicht bei uns in der Firma. Politisch haben wir das diskutiert. Ich finde es gut, dass die Bezüge durch die Behörden kontrolliert werden. Die Aufdeckung von Betrugsfällen lässt vermuten, dass das System funktioniert.

*Sie glauben das?*

Leider gibt es in jedem Bereich schwarze Schafe. Ich glaube allerdings nicht, dass im grossen Stil betrogen wird.

*Ein Beispiel: Reisebüros. Eine Reiseagentin ist zu 100 Prozent in Kurzarbeit. Das heisst, sie arbeitet nicht. Dafür bezieht sie eine gekürzte Entschädigung, die von der Arbeitslosenkasse bezahlt wird. Dennoch beantwortet sie E-Mails von Kunden.*

Was wollen Sie damit sagen?

*Das ist ein typischer Fall von Missbrauch. Der Staat zahlt Kurzarbeit - und die Mitarbeiterin arbeitet vom Homeoffice aus trotzdem.*

Das kann man so nicht sagen. Eine solche Reiseangestellte muss doch Kunden weiter bedienen, wenn sie mit einer Buchung oder Stornierung ein Problem haben. Ausserdem haben wir alle ein Interesse daran, dass sie möglichst schnell wieder voll arbeiten kann.

*Der Arbeitgeber könnte sie zu 80 Prozent in die Kurzarbeit schicken. In den restlichen 20 Prozent dürfte sie Kunden-Mails beantworten.*

Ja. Aber schauen Sie sich das Ganze an: Die Reisebüros haben dermassen viel gelitten, dass ein solches Regime gerechtfertigt ist. Mir ist wichtiger, dass wir Arbeitsplätze sichern.

*Sie appellieren dafür, dass der Staat ein Auge zudrückt?*

Im Gegenteil, ich bin überzeugt, dass die Unternehmen ihr Verantwortungsbewusstsein wahrnehmen. Dazu gehört auch, dass sie den Umfang der Kurzarbeit reduzieren, wenn es die Arbeit erfordert.

*Sie sagten, dass Sie sich über über die Schutzmassnahmen des Bundes ärgern.*

*Etwa hier auf der Terrasse: Bis zum Restaurant braucht's keine Maske; wenn man sich setzt, muss man sie tragen. Und wenn man das Getränk erhalten hat, darf man sie wieder abziehen. Absurd, oder?*

Ja. Solche Regeln sind ärgerlich. Dass die Innenbereiche von Restaurants trotz funktionierenden Schutzkonzepten monatelang nicht geöffnet werden konnten, verstehe ich nicht, obwohl Hotels ihre Gäste in den Innenräumen bewirten dürfen. Restaurants und Hotels müssen gleichbehandelt werden. Die weiteren Lockerungsschritte und Öffnungen sind richtig - warum jedoch weitere zwei Wochen zugewartet wird, ist nicht nachvollziehbar.

*Sie wohnen in der Nähe Deutschlands.*

*Ihre Region ist mit Süddeutschland wirtschaftlich eng verwoben. Sind Sie für das Rahmenabkommen?*

Ich bin für eine geregelte Beziehung zur EU. Das ist wichtig für die Wirtschaft. Auch die bilateralen Verträge sind mir wichtig.



Doch die jetzige Version des Rahmenabkommens ist meiner Meinung nach im Parlament nicht mehrheitsfähig.

*Das sagen jetzt alle. Aber stimmt es auch? Ja, weil es wohl auch so ist ...*

*Doch was ist der Plan B? Wenn das Rahmenabkommen scheitert, erodieren die Wirtschaftsbeziehungen. Wir müssen unsere guten Beziehungen zu Europa aufrechterhalten und weiterentwickeln, mit oder ohne Rahmenvertrag.*

*Ist Baselland netto ein Profiteur oder ein Verlierer der bilateralen Verträge? Ich denke an die deutschen Handwerker und die Grenzgänger im Dienstleistungsbereich. Unsere Region profitiert von den bilateralen Verträgen, das ist völlig klar. Die negativen Auswirkungen haben wir gut im Griff. Wahrscheinlich ist es auch deshalb so schwierig, einen neuen Rahmenvertrag zu vereinbaren, weil die Bevölkerung mit dem heutigen System zufrieden ist.*

*In der Schweizer Politik ist es eine alte Weisheit: Wenn alle Seiten symmetrisch unzufrieden sind, dann hat man sich in der goldenen Mitte gefunden.*

Ein Vertrag ist wirtschaftlich gesehen eine gegenseitige Willensäußerung. Wenn die eine Seite mehr Kompromisse machen muss als die andere, dann ist das keine gute Basis. Die aufgeweichte Variante wie die von Bundesrätin Viola Amherd kommt für mich nicht infrage.

*Nochmals Baselland: Die Baustellen hier sind voll von entsandten deutschen Handwerkern. Gleichzeitig hat Süddeutschland am meisten reklamiert wegen «unfairer» Lohnkontrollen seitens der Schweiz. Sind die Lohnkontrollen wichtig? Ja, sie sind fürs Gewerbe wichtig. Der Preisdruck im Bausektor ist beträchtlich.*

*Mit einem Nein zum Rahmenabkommen helfen Sie den Linken, die flankierenden Massnahmen zu erhalten, die aufwendig und bürokratisch sind. Diesen Vorwurf müssen Sie den Linken machen.*

*Das Kerngeschäft der Linken ist: Löhne schützen, Arbeitnehmerrechte stärken.*

Sie pauschalisieren! Auch bei den linken Parteien sind die Meinungen diesbezüglich sehr differenziert. Fragen Sie zum Beispiel den SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. Er setzt sich in dieser Frage für Kompromisse ein. Was linke Parteien unterschätzen: Wenn das Rahmenabkommen scheitert, dann erodieren auch die flankierenden Massnahmen.

*Was wäre der Plan B, wenn das Rahmenabkommen scheitert? Ein aufdatiertes Freihandelsabkommen? Das kann ich mir nicht vorstellen, aber ich bin auch keine Expertin.*

*Es heisst, die Bauern seien dagegen, weil die EU in einem solchen Fall den Zollschatz für Agrarprodukte verlangen würde. Der Agrarmarkt müsste liberalisiert werden. Ja, das ist richtig.*

*Bauern sind auch KMU. Ihr Gewerbeverband schreibt sich die KMU auf die Fahnen, aber vertreten tut er sich nicht ... Bauern sind auch Kleinunternehmer, ja, das geht oft vergessen. Sie investieren und haben ein erhebliches Betriebsrisiko. Deshalb will die FDP ihnen zu mehr unternehmerischem Freiraum verhelfen. Es ist wichtig, dass sowohl die Wirtschaftsverbände wie auch der Bauernverband für eine gangbare Lösung aufeinander zugehen. Auch der Bauernverband tut gut daran, mehr Offenheit etwa in Bezug auf den Abbau von Zollkontingenten zu zeigen.*

*Sie sind FDP-Nationalrätin. Sie tragen eine grüne Jeansjacke, aber wie grün sind Sie tatsächlich? (lacht) Ich bin naturverbunden und trage die Umweltpolitik der FDP mit. Die Umwelt und die Natur sind mir wichtig. Ich lebe ja auch auf dem Land.*

*Unterstützen Sie die Flugticketabgabe, die bei einem Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz eingeführt wird?*

Nein, dagegen habe ich mich im Parlament stark gewehrt. Für unsere Region und den Flughafen Basel ist diese Abgabe ein Wettbewerbsnachteil - und die Einführung

wäre nach wie vor ungelöst.

*Bei einer Annahme des CO<sub>2</sub>-Gesetzes würde ein neuer Topf für Staatsgelder eröffnet, in den die vielen CO<sub>2</sub>-Abgaben fließen würden. Ist das Gewerbe dafür? Das Gewerbe ist in dieser Frage gespalten.*

*Ihr Dilemma: Etliche Sektoren würden von neuen Klimasubventionen profitieren. Der Ausbausektor würde von energetischen Sanierungen sicher profitieren, das ist klar.*

*Ein Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz hiesse aber mehr Staat. Ist das in Ihrem Interesse? Umweltministerin Simonetta Sommaruga darf dann 1 bis 2 Milliarden Franken mehr verteilen ...*

Ich bin für den Klimaschutz. Das Problem beim CO<sub>2</sub> Gesetz ist, dass wir bis heute nicht genau wissen, wie die Klimaabgaben zurückverteilt werden. Es ist eben keine astreine Lenkungsabgabe, denn dann müsste der Bund die Einnahmen der Bevölkerung und den Unternehmen vollständig zurückverteilen. Der jetzige Plan ist aber, dass die Hälfte der Gelder in einem CO<sub>2</sub>-Abgabentopf landet ...

*Die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist doch eine Steuer. So gesehen schon, aber auf jeden Fall ist es nicht ganz ehrlich, von einer Lenkungsabgabe zu sprechen. Sollte das Geld tatsächlich in innovative Projekte und die Energiesanierung gesteckt werden, kommt es allen zugute.*

*Stimmen Sie dafür? Ehrlich: Ich bin noch unentschlossen.*

*Sie sind Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Ihr Verband steht oft in Konkurrenz zum Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Letzterer wird als der Verband der Grossfirmen dargestellt. Ihr Verband betont die Differenz und spaltet die Wirtschaft. Was ist eigentlich die Strategie?*

Das ist keine Konkurrenz, sondern eine gute Ergänzung. Unterschiedliche Perspektiven und Positionen können helfen, die Politik besser zu machen. Trotzdem ist es wichtig, in zentralen Dossiers mit einer Stimme zu sprechen.



**Corona hat einen digitalen Graben zwischen Grossfirmen und Kleinfirmen gezogen. Die Grossen haben Geld für IT-Projekte, die Kleinen oft nicht. Sind KMU wegen Corona digital in der Rücklage?**

Tatsächlich herrscht Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Immer noch arbeiten viele Firmen mit Papier, Excel und so weiter. Ich sehe das auch in meiner Branche. Einzelne Firmen tun sich schwer damit, zeitgemäss zu arbeiten und so Geld zu sparen. Und ja, es ist ein Stück weit auch ein Generationenproblem. Ältere Traditionsbetriebe haben mehr Mühe als jüngere Firmen.

**Ist es eine Geldfrage? Die Marge der KMU ist oft kleiner als die der Grossfirmen. Digitalisierung braucht Investitionen, aber meist liegt das Problem woanders.**

**Sollte der Staat den KMU helfen, digital auf die Sprünge zu kommen?**

Nein. Von Impulsprogrammen halte ich nichts, denn der Wille zur Digitalisierung muss vom Unternehmen selbst kommen.

**Wo wird noch mehr digitalisiert werden?**

Ich kann aus meiner Branche sprechen. Im Treuhandbereich ist es das Massengeschäft: automatische Buchführungssysteme, die Dokumentenarchivierung, Jahresabschlüsse, Steuererklärungen und mehr.

**Was passiert mit den Unterqualifizierten?**

Gewisse Arbeiten gehen zwar verloren. Aber neue Chancen tun sich auf. Beispielsweise in der Beratung und im Coaching.

Immer mehr Firmen lagern gewisse administrative Tätigkeiten aus, beispielsweise das Finanzmanagement. Mitarbeitende, die sich um die Buchhaltung von Firmen gekümmert haben, können durch Umschulung und Weiterbildung neu in der Beratung und im Coaching tätig sein.

**Covid-19: Viele KMU leben von der Hand in den Mund. Es gab eine grosse Debatte darüber, warum so viele KMU nicht für die Krise vorgesorgt haben. Was müsste sich ändern?**

Ja, diese Situation habe ich bedauert. In der Generation meiner Eltern war es das A und O, dass man als Firmenchef mindestens drei Monate überleben kann, sollte der Umsatz einbrechen. Heute ist dieses Bewusstsein etwas verloren gegangen. Vielleicht sollten wir über steuerliche Anreize der Reservebildung nachdenken.

**Covid-19 und das Impfen: Grosse Firmen lassen ihre Mitarbeitenden am Arbeitsplatz impfen. Gibt es das bei Ihnen auch?**

Ich sehe keinen Grund, weshalb sich KMU der Kampagne nicht anschliessen sollten.

**Mobile Impfequipen in den Firmen?**

Ja, das wäre einen Test wert.

**Hatten Sie selber das Coronavirus?**

Ja. Ich war noch nie so müde und hatte Erschöpfungszustände. Aber sonst war es zum Glück nicht sehr schlimm.

**Sind sie froh darüber, dass sie es hatten?**

Sagen wir es so: Ich bin froh, habe ich es hinter mich.

**«Ich habe mich im Parlament stark gegen die Flugticketabgabe gewehrt.»**

## Ihre Verbände

**Treuhanduisse** Daniela Schneeberger präsidiert seit 2013 den Schweizerischen Treuhänderverband, einen Verband, der Standesregeln definiert und politisches Lobbying betreibt. Die «Big Four»-Revisionsfirmen PWC, KPMG, Deloitte und EY sind nicht dabei. Die Branche ist kleingewerblich organisiert: 2100 Mitglieder beschäftigen 10 000 Mitarbeitende, die Hunderttausende KMU beraten.

**Gewerbeverband** Seit drei Jahren ist Schneeberger Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Dieser Wirtschaftsdachverband positioniert sich gerne als die konservativere Alternative zu Economieuisse. Zurzeit divergiert die Haltung zum aktuellen EU-Rahmenabkommen: Der Gewerbeverband ist dagegen, Economieuisse eher dafür.

**«Ich bin froh, habe ich Covid-19 hinter mich. Ich war noch nie so müde und erschöpft.»**

**«Unsere Region, das Baselland, profitiert von den bilateralen Verträgen, das ist völlig klar.»**

# Handelszeitung

Handelszeitung  
8021 Zürich  
058 269 22 80  
<https://www.handelszeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 37'700  
Erscheinungsweise: 50x jährlich



Seite: 13  
Fläche: 242'542 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3007101  
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 80711789  
Ausschnitt Seite: 5/6



Daniela Schneeberger zum Rahmenvertrag mit der EU: Lieber keinen Vertrag als einen mit vielen Kompromissen seitens der Schweiz.



FDP-Wirtschaftspolitikerin Daniela Schneeberger auf einer Restaurantterrasse am Berner Bundesplatz im Gespräch mit «Handelszeitung»-Redaktor Andreas Valda.



## Gewerbepolitikerin

**Name:** Daniela Schneeberger  
**Funktion:** FDP-Nationalrätin (BL),  
Schneeberger Treuhand AG  
und Partnerin der Duttweiler  
Treuhand AG  
**Alter:** 53  
**Familie:** Partnerschaft  
**Ausbildung:** Handelsmittelschule  
Liestal, Treuhänderin mit eidgenös-  
sischem Fachausweis, zugelassene  
Revisorin

**Karriere im Beruf**  
1986 bis 1995: Assistentin  
Marketing und Direktion eines  
Herstellers  
seit 1996: Schneeberger  
Treuhand AG  
seit 2019: Partnerin bei Duttweiler  
Treuhand AG

**Karriere in der Politik**  
1999 bis 2011: Landrätin BL  
seit 2011: FDP-Nationalrätin  
seit 2013: Präsidentin des  
Verbandes Treuhand Suisse  
seit 2018: Vizepräsidentin des  
Schweizerischen Gewerbeverbandes